

International

Vertrieben im eigenen Land

Um den Negev für jüdische Israelis attraktiver zu machen, will der Staat Zehntausende von Beduinen aus «illegalen» Siedlungen in einige wenige für sie reservierte Städte umsiedeln.

Von **Claudia Kühner**

So sah es der legendäre General und spätere Aussenminister Moshe Dayan, im Jahr 1963: «Wir sollten die Beduinen zu einem städtischen Proletariat machen. Das wäre eine Revolution, für die es etwa zwei Generationen bräuchte... Dann wäre das Phänomen Beduinen verschwunden.» Entgegen seiner Hoffnung sind die Beduinen aber immer noch da. An der Haltung ihnen gegenüber hat sich in Israel bis heute aber nichts geändert, im Gegenteil.

Das zeigt eine aktuelle Gesetzesinitiative, der sogenannte Praver-Begin-Plan, benannt nach den Urhebern. Er soll die Situation der Beduinen im Negev endgültig regeln und hat die erste Lesung in der Knesset hinter sich. Die nächsten beiden folgen in Bälde. Dass die Beduinen Staatsbürger sind, spielt keine Rolle. Ihre Diskriminierung, der sie seit Staatsgründung ausgesetzt sind, übertrifft jene der israelischen Araber.

160 000 Beduinen leben im Negev, 45 ihrer Dörfer sind nicht anerkannt. Deshalb sind sie auch nicht angeschlossen an die Wasser- und Stromversorgung. Es gibt keine Schulen, keine Gesundheitsversorgung, keine Strassen, keine Wegweiser und keine anderen staatlichen Dienste.

Mehrmals zerstörte Dörfer

Allerdings existierten viele dieser Dörfer schon vor der Gründung Israels. Neue entstanden, weil die Bewohner vertrieben wurden, etwa wenn die Armee den Boden beanspruchte. Baubewilligungen für einen Ersatz bekamen die Beduinen nicht, also bauten sie «illegal». Nicht wenige Siedlungen sind in den letzten Jahren von der «Israel Land Authority» niedergedrückt worden, manche bereits mehrmals, weil die Bewohner zurückkehrten. Das Dorf al-Araqib hat traurige Berühmtheit erlangt - 49-mal schon wurde es plattgemacht. Tausende von Olivenbäumen wurden ausgerissen.

Ein weiteres Problem ist, dass die Beduinen ihren Grundbesitz nicht immer dokumentieren können. Sie berufen sich auf das Wohnheitsrecht, wie es für sie jahrhundertlang funktioniert hat. Manche haben Grundbuchnachweise aus osmanischer oder der Mandatszeit, die der Staat nicht anerkennt.

Nach dem Praver-Begin-Plan sollen nun 30 000 bis 40 000 Beduinen in städtische Beduinengemeinden, eine Art Township, umgesiedelt werden, die



Das Beduinendorf al-Araqib einmal mehr in Trümmern: Es wurde schon 49-mal niedergedrückt. Foto: Jim Hollander (Keystone)

Israel für sie angelegt hat. Für Entschädigungen steht eine Summe von einer halben Million Euro bereit. So ungefähr hat sich Dayan das wohl einst gedacht.

Die sieben Townships widersprechen allerdings völlig der beduinischen

Lebensart, die traditionell auf Viehzucht und Ackerbau beruht. Die Beduinengemeinden weisen in Israel denn auch die höchste Rate von Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität auf. Doch auch hier bietet der Staat so gut wie keine Dienste an. Die Umgesiedelten können deshalb froh sein, wenn sie als Billigarbeiter ein bisschen Geld verdienen.

Den Negev mit Juden besiedeln

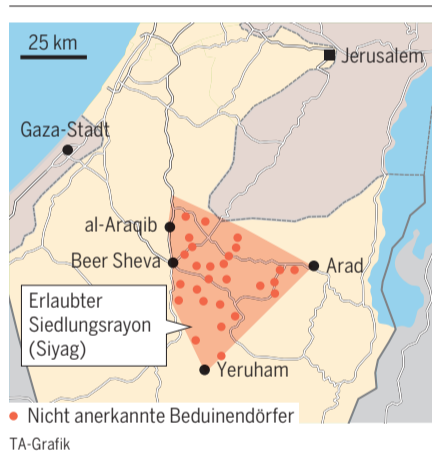
Auf dem Boden der zwangsgeräumten Dörfer will der Jüdische Nationalfonds (KKL) im Zuge eines grossen Entwicklungsplans jüdische Siedlungen, Wälder und Parks anlegen. Israel fürchtet, der mit Juden spärlich besiedelte Negev werde sonst ein arabisch-muslimisch dominiertes Territorium.

Gegen diese Pläne gerichtlich vorzugehen, erscheint aussichtslos. Dabei verletzt diese Behandlung die Beduinen als israelische Staatsbürger in ihren demokratischen Grundrechten und wider-

spricht internationalen Abkommen, die Israel ratifiziert hat. Proteste von Organisationen wie Amnesty International und diversen israelischen Menschenrechtsgruppen, aber auch des EU-Parlaments blieben bisher ohne jedes Echo.

Beduinen Die Ärmsten im Land

Mit Israels Staatsgründung 1948 wurden auch die Beduinen zum grössten Teil vertrieben. Nur etwa 11 000 blieben. Im Negev lebten sie seit Jahrhunderten als Nomaden und errichteten erst in jüngerer Zeit auch Dörfer. 1948 bis 1966 standen sie unter Militärverwaltung. Viele wurden in einem Siedlungsrayon zusammengefasst. Heute leben in Israel etwa 200 000 Beduinen, die meisten im Negev. Dort machen sie etwa 25 Prozent der Bewohner aus, leben aber nur noch auf 5 Prozent des Landes. Die Beduinen bilden in Israel die unterste gesellschaftliche Schicht. (ckr)



● Nicht anerkannte Beduinendörfer
TA-Grafik

Eine «Goldlökchen»-Chance für Afrika

Afrikas Bevölkerung wächst ungebrems, was die Armut verschärft. Das künftige Heer der Arbeitskräfte könnte sich aber auch als Segen erweisen.

Von **Johannes Dieterich, Johannesburg**

Afrika mag zwar die Wiege der Menschheit und die Heimat unserer ältesten Vorfahren sein, doch der Kontinent hat sich jung gehalten. Nirgendwo sonst in der Welt leben prozentual gesehen so viele junge Menschen: Das Durchschnittsalter der Afrikaner beträgt gegenwärtig 18 Jahre, 40 Prozent der Bevölkerung sind sogar unter 14 Jahre alt. Das liegt vor allem daran, dass der Kontinent eine Geburtenrate hat wie kein anderer Teil der Welt: Im südlich der Sahara gelegenen Afrika bekommt eine Frau im Durchschnitt fünf Kinder.

Jeder Dritte ein Afrikaner

Das hat zur Folge, dass die Bevölkerungszahl Afrikas von heute etwas über 1 Milliarde bis auf 2,4 Milliarden zur Mitte dieses Jahrhunderts anwachsen wird - im Jahr 2100 sollen es sogar zwischen 3,5 und 4,2 Milliarden sein. Da in den meisten anderen Teilen der Welt die Bevölkerung allmählich zurückgeht, wird in rund 90 Jahren jeder dritte Erdenbürger ein Afrikaner sein.

Was für die im Schwinden begriffenen bleichhäutigen Europäer bedrohlich klingen mag, könnte sich für die Afrikaner als einmaliger Segen erweisen. Wirt-

schafts- und Bevölkerungswissenschaftler sprechen von einer «Goldlökchen»-Chance des Kontinents: eine sich in der Geschichte nur selten bietende Gelegenheit, die den Erdteil in die industrielle Neuzeit katapultieren könnte. Denn wegen der noch intakten Bevölkerungspyramide wird der Anteil der werktätigen Afrikaner (zwischen 25 und 59 Jahre alt) von derzeit gut 370 Millionen auf fast 900 Millionen im Jahr 2050 steigen: Dann sind nur 55 und nicht wie derzeit 66 Prozent der Bevölkerung entweder als Schüler oder Rentner auf die Unterstützung anderer angewiesen.

Afrika wird dann ein deutlich grösseres Heer an Arbeitskräften haben als etwa China. Internationale Konzerne könnten ihre Produktionsstätten vom

Jangtse an den Kongo oder an den Niger verlegen. Vor allem dorthin, wo die demografische Entwicklung auch noch parallel zur ökonomischen Renaissance des Kontinents verläuft. Die «demografische Dividende» könnte den Aufschwung wie zuvor in anderen Volkswirtschaften der Welt in einen ausdauernden Boom verwandeln.

So weit wäre damit der Königsweg der Prognostiker beschrieben. Das anhaltende Bevölkerungswachstum könnte allerdings auch in die Katastrophe führen, wie die Auguren wissen. Vor allem, wenn das anschwellende Heer der Arbeitsuchenden partout keine Beschäftigung findet. Die Slums um Afrikas Metropolen wie Lagos, Nairobi oder Johannesburg werden schon heute immer

grösser. Dort baut sich eine Dynamik auf, die zu destruktiven Entladungen führen könnte. Der arabische Frühling im Norden des Kontinents dient vielen als Warnung. Gleichzeitig besteht sogar die Gefahr, dass die archaische afrikanische Agrarwirtschaft die explodierende Bevölkerung nicht mehr ernähren kann. Experten fordern deshalb eine grüne Revolution für Afrika.

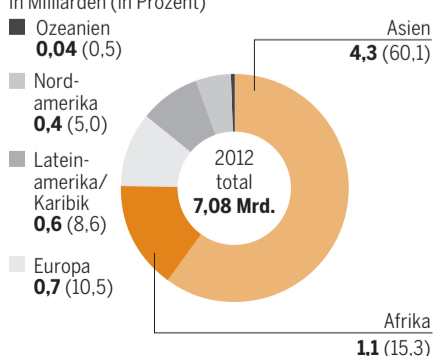
Migration wird zunehmen

Sorgen bereitet den Demografen vor allem ein geografisches Detail: dass das Bevölkerungswachstum ausgerechnet in jenen Regionen am stärksten ist, die zu den problematischsten des Kontinents gehören. In der von regelmässigen Dürren, wirtschaftlicher Stagnation und politischen Unruhen geplagten Sahelzone bekommen Frauen im Durchschnitt sogar deutlich mehr als fünf Kinder - in Ländern wie Mauretanien, Mali, dem Niger, dem Norden Nigerias und dem Tschad bis in den Sudan und den Trümmerstaat Somalia.

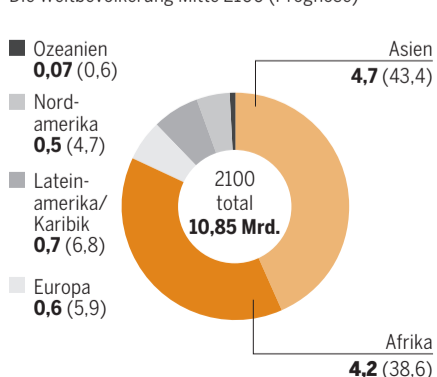
Dort wird sich die Bevölkerung in den nächsten 40 Jahren verdreifachen. Vielen wird als Existenzsicherung nur die Migration in grünere Gefilde übrig bleiben - also in Staaten wie Ghana, den Süden Nigerias oder ganz hinunter nach Südafrika, wo der relative Wohlstand und die Auswirkungen der HIV-Pandemie das Bevölkerungswachstum bereits deutlich vermindert haben. Solche Migrationsströme werden allerdings Spannungen erzeugen: Dem alten Kontinent der Jungen stehen aufregende Zeiten bevor.

Verteilung der Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung Mitte 2012 (Zahlen gerundet) in Milliarden (in Prozent)



Die Weltbevölkerung Mitte 2100 (Prognose)



TA-Grafik/Quelle: UNO, World Population Prospects 2013

Kurswechsel oder Versuchsballon in Tibetpolitik?

Peking will angeblich seine repressive Haltung gegenüber Tibet lockern. Doch wichtige Vertreter Tibets sehen darin in erster Linie Symbolpolitik.

Von **Lucienne Vaudan**

Laut Medienberichten soll China den Besitz von Bildern des Dalai Lama, des religiösen Oberhauptes der Tibeter, wieder zulassen. «Uns liegen Informationen vor, wonach chinesische Behörden in einigen Gebieten des Landes eine entsprechende Massnahme bekannt gemacht haben», sagt Kelsang Gyaltzen, Sonderrepräsentant des Dalai Lama in Europa. Offiziell bestätigt ist die Nachricht aber nicht, und Chinas Haltung bleibt zwiespältig: Einerseits haben die Behörden englischsprachigen Medien beschieden, es gebe keine Veränderungen in ihrer Haltung gegenüber dem Dalai Lama und seinen Autonomiebestrebungen. Andererseits hat sich Professorin Jin Wei, die an der zentralen Parteischule für religiöse und ethnische Studien forscht, öffentlich für einen Dialog zwischen der chinesischen Führung und dem Dalai Lama starkgemacht und gefordert, den Dalai Lama nicht länger als Feind zu behandeln. Da es sich bei der Parteischule um einen der wichtigsten chinesischen Thinktanks handelt, kann davon ausgegangen werden, dass Weis Äusserungen von der Parteileitung abgesegnet wurden.



Kelsang Gyaltzen.

Sind das Anzeichen dafür, dass nun parteiintern darüber debattiert wird, wie und ob die Tibetpolitik überdacht werden soll? Darüber gesprochen werde durchaus, sagt Gyaltzen, schliesslich seien die tibetischen Proteste, die im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 ausbrachen, bis heute nicht verstummt. Doch ob die parteiinterne Diskussion auch Früchte tragen werde, bleibe ungewiss. «Es ist derzeit sehr schwierig, konkrete Informationen über Ereignisse und Entwicklungen in China und Tibet zu erhalten angesichts der massiven Überwachung und Kontrolle des Informationsflusses», sagt Gyaltzen, der in der Schweiz wohnt.

Keine Basis für Verhandlungen

Die Tibeter begegnen den symbolhaften Zugeständnissen der chinesischen Regierung deshalb mit Skepsis: «Solange die chinesische Führung in der eigenständigen Kultur und Identität Tibets eine Bedrohung für ihre Herrschaft sieht und uns Tibetern nicht mehr als Folklore zugestehen will, sehe ich keine wirkliche Basis für ernsthafte Verhandlungen», sagt Gyaltzen.

Die Tibeter begegnen den symbolhaften Zugeständnissen der chinesischen Regierung deshalb mit Skepsis: «Solange die chinesische Führung in der eigenständigen Kultur und Identität Tibets eine Bedrohung für ihre Herrschaft sieht und uns Tibetern nicht mehr als Folklore zugestehen will, sehe ich keine wirkliche Basis für ernsthafte Verhandlungen», sagt Gyaltzen.

Angst vor der Reinkarnation

Dass Chinas Kurswechsel lediglich ein Versuchsballon sein könnte, leiten Vertreter der Exiltibeter auch aus Meldungen über gewalttätige Auseinandersetzungen ab: Vergangenen Samstag sollen sich in der chinesischen Provinz Sichuan etwa 1000 Tibeter versammelt haben, um den Geburtstag des Dalai Lama zu feiern. Dabei sollen chinesische Sicherheitstruppen auf die Menschenmenge geschossen und mehrere Tibeter schwer verletzt haben.

Obwohl tibetische Exilkreise davon ausgehen, dass die kommunistische Führung in der Tibetfrage nicht immer gleicher Meinung ist, scheint doch ein gemeinsames Anliegen hinter den neuesten Bewegungen zu stecken: Peking geht es wohl vor allem darum, beim Ableben des jetzigen Dalai Lama seine Reinkarnation im Ausland zu verhindern. Denn der Dalai Lama hat klar festgehalten, dass seine Wiedergeburt im Ausland stattfinden wird, falls die Tibetfrage ungelöst bleiben sollte. Für die chinesische Regierung wäre es wichtig, den künftigen tibetischen Würdenträger im Land zu haben, um ihn und somit auch die Tibeter leichter kontrollieren zu können. Doch die Tibeter werden kaum einen religiösen Führer akzeptieren, der ihnen von einer atheistischen Parteileitung aufgezwungen wurde.